



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 04.02.2025 – Auszug aus Drucksache 19/4881 –

Frage Nummer 41

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Laura
Weber**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung bezüglich Zeitplan und Trasse für den Bau einer Pipeline, mittels derer CO₂ aus industrieller Produktion aus Nordostbayern in den Norden Deutschlands transportiert werden soll, um es am Meeresgrund zu verpressen, ist der Standort von Heidelberg Zement in Burglengenfeld an diese Planungen angeschlossen, und falls nicht, welche Alternativen zum Abtransport von bei der Produktion im Zementwerk entstehendem CO₂ gibt es?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Der Staatsregierung sind erste Planungen der Infrastrukturunternehmen „Open Grid Europe GmbH“ (OGE) und der „bayernets GmbH“ sowie eine Studie der „Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.“ (vbw) zu dieser Thematik bekannt. Der genaue Verlauf der Trassen ist dabei bislang nur sehr grob festgelegt und muss zukünftig im Rahmen von Planfeststellungsverfahren mit den zuständigen Genehmigungsbehörden vor Ort ausgearbeitet werden. Ein Anschluss des Werks der Heidelberg Materials in Burglengenfeld scheint aber möglich. Allerdings werden die Trassen so geplant, dass ein Anschluss mehrerer CO₂-Quellen und -Abnehmer (auch in den Nachbarländern, z. B. Tschechien oder Österreich) möglich ist. Entscheidend für den Netzbetreiber ist hier die Wirtschaftlichkeit einer CO₂-Pipelineinfrastruktur.

Die vorliegenden Planungen der OGE legen nahe, dass ab 2030 ca. 30 Megatonnen CO₂ pro Jahr in Deutschland über ein Pipelinesystem transportiert werden könnten. Das Unternehmen weist aber auch auf die dafür notwendige Investitionssicherheit hin, die u. a. durch die „Carbon Management Strategie“ (CMS) des Bundes oder die Novellierung des „Kohlenstoffdioxidspeicher- und Transportgesetzes“ (KSpTG) gegeben sein muss. Durch den Bruch der aktuellen Bundeskoalition und die anstehenden Neuwahlen am 23.02.2025 sind diese Entscheidungen verschoben worden. Dies könnte Auswirkungen auf die Investitionsentscheidung der Infrastrukturunternehmen haben. Sofern ein Anschluss eines Unternehmens an das Pipelinesystem nicht oder nicht zeitnah erfolgt, wäre ein Transport des CO₂ – je nach Menge und Qualität des Gases, sowie abhängig vom Standort – auch per Lastkraftwagen, Schiff oder über die Bahn möglich.